

Vollversammlung am 02. Juli 2016

Beschluss der Vollversammlung

Zivilgesellschaft stärken – Rechtspopulismus und Menschenfeindlichkeit entschieden entgegnet

Die Wahlerfolge der AfD, der massive Zulauf zu PEGIDA und entsprechenden Ablegern sowie die flächendeckenden rassistischen Mobilisierungen gegen Geflüchtete zeigen auf, dass in beträchtlichen Teilen der Gesellschaft ein lange nicht adressiertes und wohl auch unterschätztes, aber dennoch aktivierbares Potenzial rassistischer, antisemitischer, fremdenfeindlicher und rechtspopulistischer Vorurteile vorhanden ist.

Der Landesjugendring Brandenburg ist entsetzt über diesen hohen Zuspruch für demokratie- und menschenfeindliche Positionen und bewertet dies als ernstzunehmende Warnung an sich selbst und andere Akteur_innen der Zivilgesellschaft sowie an die demokratischen Parteien.

Der Landesjugendring Brandenburg tritt seit seiner Gründung konsequent gegen Ausgrenzung und Diskriminierung sowie für eine demokratische, solidarische und friedliche Gesellschaft ein. Nationalistisches, rassistisches und rechtspopulistisches Gedankengut steht unseren Bemühungen um eine demokratische Gesellschaft, in der alle frei die gleichen sozialen und politischen Rechte genießen, völlig entgegen.

Nicht nur der Landesjugendring Brandenburg, sondern alle demokratischen Akteur_innen der Zivilgesellschaft sowie die demokratischen Parteien stehen jetzt in der Pflicht, die aktuellen Ursachen demokratie- und menschenfeindlicher Einstellungen und Handlungen zu analysieren sowie entsprechende Schlussfolgerungen für Politik und Zivilgesellschaft zu ziehen. Dabei spielen eine intensive werteorientierte Bildungsarbeit, das Einüben demokratischer Prozesse und das Erleben demokratischer Strukturen, wie es in der täglichen Arbeit der Jugendverbände geschieht, eine entscheidende Rolle.

Der Landesjugendring Brandenburg bekräftigt weiterhin ausdrücklich seine Haltung, rechtspopulistischen, menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Positionen kein öffentliches Podium zu bieten.

Gleichzeitig sind wir alle aufgefordert, uns der politischen Auseinandersetzung zu stellen und in unserer täglichen Arbeit vor Ort, in den Jugendeinrichtungen, Schulen, Betrieben, und auch im Familien- und Freundeskreis für eine Gesellschaft einzutreten, die auf Werten wie Demokratie, Solidarität, Weltoffenheit und gegenseitiger Achtung basiert.

Der Landesjugendring Brandenburg fordert außerdem die Landesregierung und die demokratischen Parteien auf

- in der politischen Debatte und gesellschaftlichen Diskussion allen Formen von Rassismus, Nationalismus und Rechtspopulismus entschieden entgegenzutreten sowie für eine demokratische, inklusive und menschenfreundliche Gesellschaft in Brandenburg aktiv einzustehen,
- Projekte und Akteure im Kampf gegen rechts politisch zu stärken und deren Förderung deutlich auszubauen, um den aktuellen Herausforderungen gerecht werden zu können sowie
- die Strukturförderung der Jugendverbände und des Landesjugendringes so zu erhöhen, dass sie ihre wichtige Aufgabe als Orte der demokratischen Bildung und Begegnung weiterhin gut erfüllen und im Land Brandenburg ausbauen können. Dies gilt insbesondere in Anbetracht des gesellschaftlichen Auftrags der Integration der zu uns geflüchteten jungen Menschen einerseits und der Arbeit gegen menschenverachtende Einstellungen andererseits.

Falkensee, den 02.07.2016